

Eisenhower und Dulles: *roll back* und *massive retaliation*

S.57

Der **Koreakrieg** war im Herbst 1952 ein wichtiges Thema im amerikanischen Wahlkampf, einem Wahlkampf, der in einer Atmosphäre der Furcht und Hysterie stattfand, geschürt von Senator Joseph R. McCarthys antikommunistischer Hexenjagd. Geradezu gebetsmühlenartig wurden altbekannte Argumente wiederholt – nur alles etwas schärfer und provozierender. Der designierte neue Außenminister John Foster Dulles verurteilte die von den Demokraten betriebene Politik der Eindämmung des Kommunismus als negativ, steril und unmoralisch. Er forderte stattdessen eine »aktive Politik der Befreiung«, die den »vom Kommunismus verklavten Völkern« wieder Hoffnung und der amerikanischen Außenpolitik ein Ziel gebe.

Containment war out, das neue Schlüsselwort hieß *roll back*. Dass Dulles' *new look* einer konsequenten antikommunistischen Befreiungspolitik nicht viel mehr war als aggressive Befreiungsrhetorik, die sich in der Praxis nicht wesentlich von der Politik Trumans unterschied, wurde damals nicht erkannt.

Auch nach dem Tod Stalins im März 1953 änderte sich nichts an der amerikanischen Haltung gegenüber der Sowjetunion. Dulles sprach von einer »Ära der Freiheit, nicht der Versklavung« und verkündete: »Die Ära Eisenhower beginnt, während die Ära Stalin endet.« Die neue sowjetische Führung entfaltete schon wenige Tage nach dem Tod Stalins eine bemerkenswerte Aktivität. Es begann jene »Tauwetterperiode«, die in Washington allerdings nur als taktisches Manöver zur Machtkonsolidierung, nicht aber als eine grundsätzliche Änderung des außenpolitischen Kurses der neuen Kremlführung gewertet wurde.

Churchill, seit 1951 wieder Premierminister, sah das anders. Er wollte den Versuch unternehmen, den Kalten Krieg zu beenden, und war sogar zu einer einsamen Pilgerfahrt (*solitary pilgrimage*) nach Mos-

kau bereit. Eisenhower lehnte das ab und forderte in der als *chances for peace* bezeichneten Rede vor der Vereinigung der amerikanischen Zeitungsverleger am 16. April handfeste Beweise für die neue Politik des Kreml. Er nannte Korea, eine Abrüstungsvereinbarung, die Beendigung der Teilung Deutschlands und Europas, den Staatsvertrag für Österreich. Nur zwei Tage später schlug Dulles vor der gleichen Versammlung schärfere Töne an und machte klar: »Wir tanzen nach keiner russischen Pfeife.« Der Nationale Sicherheitsrat stärkte Dulles den Rücken. Ein Geheimbericht kam zum Schluss, dass die Sowjetunion kein Interesse am Frieden habe.

Bis auf Korea, wo im Juli 1953 ein Waffenstillstand geschlossen wurde, blieben die Beweise einer neuen sowjetischen Politik aus – in Washington war man allerdings der Meinung, dass nicht etwa eine geänderte Haltung der Sowjets, sondern die Drohung mit einer Ausweitung des Krieges und dem Einsatz von Atomwaffen zum Waffenstillstand geführt hatte. Aus Churchills Forderung nach einer Gipfelkonferenz wurde lediglich eine Außenministerkonferenz in Washington und dann im Dezember ein westliches Gipfeltreffen auf den Bermudas. Hier formulierte Eisenhower gegenüber Churchill in selten drastischer Sprache, was er von den Sowjets wirklich hielt und was er zu tun gedachte. Dass sowjetische Panzer am 17. Juni den Volksaufstand in der DDR niedergewalzt hatten, tat ein Übriges. Für Eisenhower war Russland eine Hure, und völlig egal, ob sie neue Kleider trage oder die alten nur geflickt habe: sie bleibe dieselbe Hure. Die USA würden sie von ihrem jetzigen Strich wieder in den Hinterhof treiben. Ein halbes Jahr später meinte er zu Churchill, er habe absolut kein Vertrauen in die Verlässlichkeit und Integrität der Männer im Kreml.

Eisenhower hatte im Mai 1953 das Projekt »Solarium« (so benannt nach einem Sitzungszimmer im Weißen Haus) initiiert: Drei Planungsgruppen sollten langfristige Strategien entwickeln. Die Ergebnisse der »Solarium«-Task Forces A, B und C wurden im Oktober 1953

in einem NSC-Papier zusammengefasst, das später als *new look* bezeichnet wurde. Dieses NSC 162/2 – eine Art Fortsetzung und Ergänzung von NSC 68 – wurde von Eisenhower am 30. Oktober 1953 unterzeichnet und galt somit als formelle Richtlinie für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik.

Am 5. Januar 1954 gab John Foster Dulles vor dem Council on Foreign Relations in New York den Beschluss seiner Regierung bekannt, sich künftig mehr auf Vergeltungswaffen zu verlassen. Lokale Verteidigung mit konventionellen Mitteln sei zwar immer noch wichtig, aber nicht ausreichend zur Verhinderung weiterer kommunistischer Expansion. Der eigentliche Kern von Dulles' Ausführungen beinhaltete die neue Militärstrategie und die lautete: massive Vergeltung (*massive retaliation*). Wenig später machte Eisenhower gegenüber einflussreichen Vertretern des Kongresses deutlich, was gemeint war: Die Grundidee sei, die Kommunisten sofort zu vernichten, sollten sie irgendwo irgendetwas anfangen. Sowohl Eisenhower als auch Dulles nahmen dabei in Kauf, selbst bei einer lokalen kommunistischen Aggression Atomwaffen einsetzen zu müssen, aber, so Dulles, »man muss genauso wie beim Krieg auch beim Frieden gewisse Risiken eingehen. Wer Angst davor hat, bis an den Rand eines Krieges zu gehen, ist verloren.« Beide glaubten allerdings auch, dass die Bereitschaft zum Atomkrieg dazu führen würde, jeden Krieg überflüssig zu machen. Außerdem waren nukleare Streitkräfte billiger als konventionelle. Mit Atomwaffen, so Verteidigungsminister Charles Wilson, würden die Vereinigten Staaten für das gleiche Geld mehr bekommen.

Der Leiter des Strategic Air Command, General Curtis LeMay, machte im April 1956 vor dem Naval War College klar, was bei einem Krieg mit der Sowjetunion geschehen würde:

»Dann wird die Sowjetunion zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang aufgehört haben, eine große Militärmacht und eine große Nation zu sein. Es wird ein Land übrig bleiben, das unendlich

ärmer ist als China, mit weniger Menschen als die USA, die auf Generationen hinaus dazu verdammt sein werden, ein erbärmliches Dasein zu fristen.«

Das strategische Übergewicht der USA gegenüber der Sowjetunion nahm in den folgenden Jahren weiter zu: 1962 lautete es 17:1.

Auch im politischen Bereich wurde kein Misstrauen abgebaut. Die Berliner Außenministerkonferenz im Januar/Februar 1954 bestärkte den Westen in seiner Überzeugung, dass die Kremlführer zu keinen größeren Zugeständnissen im internationalen Bereich bereit waren, weder in der Deutschlandfrage noch beim österreichischen Staatsvertrag. Bei Letzterem ergriffen die Sowjets dann Anfang 1955 die Initiative. Am 24. März lud der Kreml den österreichischen Bundeskanzler Julius Raab zu bilateralen Gesprächen nach Moskau ein. Die Frage war, ob die Sowjets damit das Junktim deutsche Frage und Österreich aufgegeben hatten, oder ob die Österreich-Initiative jetzt erst recht für neue Gespräche in der deutschen Frage dienen sollte?

Erst als klar war, dass sich in der Deutschlandfrage nichts mehr bewegen würde, waren Amerikaner und Briten bereit, das Spiel des Kreml um Österreich mitzuspielen. Am 9. Mai trat die Bundesrepublik der NATO bei, am 14. Mai schlossen Albanien, Bulgarien, Ungarn, die DDR, Polen, Rumänien, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Einen Tag später unterzeichneten die Außenminister der vier Siegermächte in Wien den österreichischen Staatsvertrag. Die Besatzungstruppen würden abziehen, Österreich souverän sein. Der Preis dafür war die Neutralität.

Zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass sich die vier Sieger im Juli in Genf treffen würden. Die Sowjets bemühten sich um den Besuch Adenauers noch vor Beginn dieser Konferenz – Adenauer lehnte ab.

Am 18. Juli 1955 kamen dann in Genf die Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte zusammen: US-Präsident Dwight D. Eisenhower, der britische Premierminister Anthony Eden, Frankreichs Minis-

ten in Frankreich und Italien waren damals außerordentlich mächtig. Von daher war der Marshallplan ein entscheidendes Instrument, Westeuropa vor dem Kommunismus zu bewahren.

Zur Beratung über das Hilfsangebot Marshalls trafen die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion – Ernest Bevin, Georges Bidault und Wjatscheslaw Molotow – Ende Juni 1947 in Paris zusammen. Molotow ging mit einer Mischung aus Misstrauen und Hoffnung in die Verhandlungen. Die Instruktionen des Kreml, die wir inzwischen kennen, machen deutlich, worum es gehen sollte: Informationen über die Art und Weise des Programms zu bekommen, die Höhe möglicher Kredite etc. Auf keinen Fall sollte ein Plan angenommen werden, der die osteuropäischen Staaten auf ihre traditionelle Rolle reduzieren würde, lediglich Rohstoffe für Westeuropa zur Verfügung zu stellen.

Briten und Franzosen hatten andere Vorstellungen, wie das Wiederaufbauprogramm organisiert werden sollte. Sowjetische Historiker sprechen in diesem Zusammenhang von einem »Doppelspiel«. Bevin und sein französischer Kollege Bidault hätten bereits im Vorfeld alles entschieden und die Konferenz nur dazu benutzen wollen, um die Nichtteilnahme der Sowjetunion zu erreichen. In der Sitzung am 30. Juni betonte Molotow, dass es nicht Aufgabe der Konferenz sei, ein »ganz Europa umfassendes Programm« zu entwerfen. An Stalin telegraphierte er: »Da unsere Auffassung grundsätzlich von jener der Briten und Franzosen abweicht, rechnen wir nicht mit irgendwelchen gemeinsamen Entscheidungen.« Am 2. Juli endete das Pariser Treffen mit dem Auszug Molotows. Damit war genau das geschehen, was zumindest die Briten erhofft hatten – und was, wie der sowjetische Historiker Mikhail Narinsky meint, »ein schwerer diplomatischer Fehler« der sowjetischen Führung war. In der Rückschau sind sich die Historiker einig, dass diese ergebnislose Konferenz der entscheidende Wendepunkt in den Ost-West-Beziehungen war. Der – wenn auch nur schwache – Versuch, die Zusammenarbeit inner-

halb der Anti-Hitler-Koalition auch nach dem Ende des Krieges fortzusetzen, war endgültig gescheitert.

Koreakrieg

Der Krieg begann im Morgengrauen am Sonntag, dem 25. Juni 1950. Um 4.00 Uhr eröffneten die Nordkoreaner mit Haubitzen und Mörsern entlang des 38. Breitengrades das Feuer. Dann traten auf der etwa 200 Kilometer langen Front zwischen dem Gelben Meer und der Japanischen See sieben Infanteriedivisionen und eine Panzerbrigade mit 150 sowjetischen T34-Panzern zum Angriff an, zusammen etwa 90 000 Mann.

Das »Land der Morgenstille« war 1910 als eines der Opfer des japanischen Imperialismus offen annektiert worden. Es diente Japan als Lieferant von Rohstoffen und Arbeitskräften und wurde wie eine Kolonie niederen Ranges behandelt. 80 Prozent der Koreaner konnten 1945 weder lesen noch schreiben. Der Zweite Weltkrieg schien auch hier die Wende zu bringen. Mitte August 1945 akzeptierte Stalin einen amerikanischen Vorschlag, den 38. Breitengrad als Demarkationslinie zur Abgrenzung der Besatzungszonen zu nehmen. Wie im geteilten Deutschland verfestigte sich die Trennlinie bald zur Systemgrenze. Im Norden errichtete Kim Il Sung sein kommunistisches Regime, im Süden Syngman Rhee seine nicht minder diktatorische Herrschaft. Alle Bemühungen um eine baldige Wiedervereinigung des Landes scheiterten in den folgenden Jahren. Im September 1947 beschloss die UNO-Vollversammlung, eine UNO-Kommission einzusetzen, die freie und geheime Wahlen für ganz Korea überwachen sollte. Dieser Kommission wurde jedoch die Einreise nach Nordkorea verweigert.

Das Jahr 1948 brachte dem Land die endgültige Spaltung. Im Mai 1948 fanden in Südkorea Wahlen statt, die weder als frei noch als geheim bezeichnet werden konnten. Syngman Rhee rief am 15. Au-

gust die Republik Südkorea aus. Zehn Tage später fanden in Nordkorea Wahlen statt, in deren Folge Kim Il Sung am 9. September 1948 die Demokratische Volksrepublik Korea ausrief. Beide Regierungen beanspruchten, der legitime Repräsentant ganz Koreas zu sein; beide Regime forderten die Wiedervereinigung des Landes mit allen Mitteln; beide bauten unter Mithilfe der Sowjetunion beziehungsweise der USA schlagkräftige Armeen auf. Anders als in Deutschland zogen die Sowjets Ende 1949 ihre Truppen ab, die Amerikaner wenig später. Stalin glaubte wohl, die roten Revolutionäre würden auch ohne sowjetischen Schutzschirm siegen. Andererseits veranschlagte Washington den strategischen Wert der Halbinsel sehr niedrig. Am 12. Januar 1950 nannte Außenminister Dean Acheson in einer Rede vor dem Nationalen Presseclub in Washington bei der Aufzählung der für die Sicherheit der USA wichtigen Gebiete im Fernen Osten zwar Japan und die Philippinen, nicht aber Formosa und Korea. Die Stabschefs hatten zwar einen Eventualplan für den Fall einer nordkoreanischen Invasion ausgearbeitet; er sah indes nur eines vor: die schnellstmögliche Evakuierung aller Amerikaner.

Es kam dann ganz anders. Truman flog am Nachmittag des 25. Juni überstürzt aus seinem Heimatort Independence, Missouri, nach Washington zurück. Während des Fluges ließ er eine lange Reihe von Präzedenzfällen aus den dreißiger Jahren Revue passieren: Japans Einfall in der Mandschurei, Mussolinis Überfall auf Äthiopien, Hitlers Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland. Wenn die Russen in die Fußstapfen der aggressiven Diktatoren treten sollten, müsste man sich ihnen entgegenstellen, war die Überzeugung des Präsidenten. Und es kam noch etwas hinzu: China. Die USA hatten nach dem Krieg dort versucht, den drohenden Bürgerkrieg durch eine Vermittlungsaktion des ehemaligen Generalstabschefs und späteren Außenministers George C. Marshall zu verhindern. Weil der Nationalchinese Tschiang Kai-schek die eigene Stärke überschätzte, und letztlich, weil zwischen ihm und seinem Todfeind Mao eine Teilung nicht

möglich war, trieb das Land schließlich in den Bürgerkrieg, der 1949 mit dem Sieg der Kommunisten endete (nicht zuletzt aufgrund massiver Hilfe Stalins, wie wir heute wissen). Hilflos hatte Amerika zugeschaut, musste sich aber schließlich mit dem Unvermeidlichen abfinden. Tschiang Kai-scheks Regime, das nach Taiwan geflüchtet war und sich dort erst einmal durch ein Massaker bei den Einheimischen verhasst gemacht hatte, hatte man längst abgeschrieben. In den USA beschuldigten viele Kritiker Truman, er sei dem Kommunismus gegenüber zu weich. Im Senat waren Leute wie Joseph McCarthy und andere Republikaner vom rechten Flügel der Meinung, der Präsident habe nicht genug für Tschiang Kai-schek getan. Ihrer Ansicht nach hatten Truman und sein Außenminister Acheson nicht nur die Tschechoslowakei 1948, sondern auch China an die gottlosen Kommunisten »verloren«.

Als der Überfall auf Südkorea erfolgte, sah sich Truman in einer Lage, in der ihm Tatenlosigkeit oder alles, was weniger war als der direkte Einsatz amerikanischen Militärs, von seinen Gegnern im Kongress und im Lande sofort als Verrat angelastet worden wäre. Truman und seine Mitarbeiter interpretierten den Angriff als Beginn einer groß angelegten, globalen, von Moskau gesteuerten kommunistischen Offensive. Als nächste mögliche Ziele wurden genannt: Indochina, Burma, Malaysia, Jugoslawien, Persien und Deutschland. Demnach stand die Zukunft der gesamten freien Welt auf dem Spiel. Es galt daher, der kommunistischen Aggression in Korea entschlossen entgegenzutreten. Der 25. Juni wurde so etwas wie ein »Pearl Harbor« des Kalten Krieges. Truman befahl am 27. Juni den Einsatz amerikanischer Luft- und Seestreitkräfte. Dieser Beschluss wurde im vollen Bewusstsein des damit verbundenen Risikos eines Krieges mit der Sowjetunion getroffen.

Erst zehn Stunden später wurde diese Maßnahme vom UNO-Sicherheitsrat nachträglich sanktioniert. Dies war nur möglich, weil die Sowjetunion den Sicherheitsrat seit Monaten boykottierte. Sie

protestierte damit gegen die Haltung der UNO-Mehrheit, das kommunistische China nicht in die Weltorganisation aufzunehmen und den Vertreter Formosas nach wie vor als Repräsentanten Chinas anzuerkennen. Stalin hatte es nicht für nötig gehalten, einen Vertreter zu entsenden, da er – wie von Kim zugesichert – mit einem schnellen Sieg der Kommunisten rechnete.

Drei Tage nach dem Angriff fiel die Hauptstadt Seoul; fünf Tage nach dem Beginn der Kämpfe war die halbe südkoreanische Armee vernichtet; die Nordkoreaner standen tief im Süden der Halbinsel. Daraufhin ging Truman am 30. Juni einen entscheidenden Schritt weiter: Er befahl den Einsatz amerikanischer Bodentruppen in Korea. Die Sitzung, in der dieser historische Beschluss in Washington gefasst wurde, dauerte nur eine halbe Stunde. Truman befahl außerdem die Blockade und die Bombardierung Nordkoreas. Verschont werden sollten lediglich die Grenzgebiete zu China und der Sowjetunion. Washington hatte sich für den großen antikommunistischen »Kreuzzug« entschieden. Truman ernannte General Douglas MacArthur zum Oberbefehlshaber in Korea. Die 7. US-Flotte übernahm gleichzeitig den Schutz Formosas gegen einen eventuellen Angriff Rotchinas.

Formal war die »Polizeiaktion«, wie es offiziell hieß, kein rein amerikanisches Kommando, sondern vielmehr ein United Nations Command auf der Basis einer UNO-Resolution vom 7. Juli. Darin waren alle Mitglieder gebeten worden, Truppen nach Korea zu entsenden. Dies war die Geburtsstunde einer ersten internationalen Streitmacht, die sich in den nächsten Monaten allmählich komplettierte. Am Ende gehörten ihr neben Amerikanern und Südkoreanern Soldaten aus 15 Nationen an. Dabei stellten die Amerikaner zwei Jahre nach dem Angriff allerdings nicht nur die Hälfte der Soldaten – rund 350 000 Mann –, sondern finanzierten sie auch.

Entgegen jahrzehntelanger kommunistischer Propaganda stand von Anfang an fest, dass der Norden den Süden überfallen hatte. Wir

wissen heute genau, wie es zu dieser Entscheidung kam. Die treibende Kraft war Kim Il Sung. Er traf Stalin im April 1950 in Moskau und versicherte dem sowjetischen Diktator, dass die Nordkoreaner Südkorea innerhalb von drei Tagen überrennen würden, kommunistische Sympathisanten würden sich dann im Süden erheben und die Befreier willkommen heißen; alles würde so schnell gehen, dass die USA keine Zeit zum Eingreifen hätten, falls sie sich dafür entscheiden sollten. Stalin machte seine Zustimmung zum Angriff von einer entsprechenden Zusicherung der Chinesen abhängig, die Nordkoreaner zu unterstützen: Stalin wörtlich: »Falls euch die Amerikaner nieder machen, werde ich keinen Finger rühren. Ihr müsst Mao um Hilfe bitten.«

In Peking war Mao anfangs skeptisch und verwies auf die Möglichkeit eines amerikanischen Eingreifens. Aber schließlich stimmte auch er zu, offensichtlich aus zwei Gründen: Zum einen plante er selbst die Invasion Taiwans und hatte um sowjetische militärische Unterstützung gebeten. Stalin hatte das anfangs aus Furcht, die Amerikaner damit zu provozieren, ausgeschlossen. Während des Besuchs von Mao in Moskau einige Wochen zuvor – möglicherweise als Reaktion auf die Erklärung Achesons vom Januar – hatte er aber seine Meinung geändert und die Chinesen ermuntert. Angesichts dieser Meinungsänderung Stalins konnte Mao sich wohl kaum gegen Kims Pläne aussprechen, ohne bei Stalin eine mögliche Sinnesänderung mit Blick auf Taiwan hervorzurufen.

Ein zweiter Grund kam hinzu: Kim hat Stalins Optimismus in Peking weit übertrieben dargestellt und von daher sowohl Stalin als auch Mao manipuliert, den Angriff zu genehmigen. Immerhin hatte Stalin schon vor Maos Zustimmung militärische Aufbaupläne in Nordkorea genehmigt. Sowjetische Generäle waren an der Detailplanung beteiligt; Angriffsbefehle, die Stalin persönlich genehmigte, sprachen von Gegenangriffen, um so den Eindruck zu erwecken, als ob Südkorea Nordkorea angegriffen hätte.

gegen die Deutschen zerstört hatten. Das war absurd. Kennedy äußerte sich dazu wenige Stunden nach seinem Treffen mit Chruschtschow in Wien im Juni 1961 folgendermaßen:

»Es wirkt doch einfach idiotisch, dass wir wegen eines Vertrages, der Berlin als zukünftige Hauptstadt eines wiedervereinten Deutschland vorsieht, mit der Gefahr eines Atomkrieges konfrontiert sind – wo wir doch alle wissen, dass Deutschland wahrscheinlich nie mehr wiedervereinigt wird!«

Kubakrise

Am Mittag des 22. Oktober 1962, einem Montag, kündigte der Pressesprecher des Weißen Hauses in Washington für 19 Uhr eine Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten »von höchster nationaler Dringlichkeit« an. Als John F. Kennedy sechs Stunden später seine Ansprache begann, schauten 100 Millionen Amerikaner zu. Der Präsident teilte etwas Ungeheuerliches mit: Die Sowjetunion habe Atomraketen auf Kuba stationiert. Jede dieser Raketen könne die meisten der großen Städte der westlichen Hemisphäre, von der Hudson Bay in Kanada bis hinunter in den Süden, nach Lima in Peru, treffen. Dies sei eine explizite Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit aller Amerikaner.

Die Sowjets bezichtigte er der mehrfachen Lüge, allen voran Außenminister Gromyko, der ihm noch vor wenigen Tagen versichert habe, es gebe nur defensive Waffen auf Kuba. Um den weiteren Aufbau der Abschussbasen zu stoppen, kündigte er eine »Quarantäne«, eine Blockade gegen alle Schiffe an, die offensiv-militärisches Material nach Kuba bringen wollten. Alle derartigen Schiffe würden zur Umkehr gezwungen. Er habe außerdem die amerikanischen Streitkräfte angewiesen, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Dann machte er unmissverständlich klar: Sollte auch nur eine Rakete von Kuba aus abgeschossen werden, werde dies als Angriff der Sowjetunion auf

die Vereinigten Staaten angesehen und zu einem »massiven Vergeltungsschlag gegen die Sowjetunion« führen. Dann wörtlich: »Ich appelliere an den Vorsitzenden Chruschtschow, diese verheimlichte, rücksichtslose und provokative Bedrohung des Weltfriedens zu beenden. [...] Er hat jetzt die Gelegenheit, die Welt vor dem Abgrund der Vernichtung zu bewahren [...] und diese Waffen aus Kuba abzuziehen.«

Inzwischen waren die wichtigsten Kongressabgeordneten nach Washington gebracht worden, einige sogar in Kampffjets der Air Force. Um 18.00 Uhr war der sowjetische Botschafter in Washington Anatolij Dobrynin von Außenminister Dean Rusk über die Raketen informiert worden, von denen Dobrynin nichts wusste. Als er das State Department betrat, lächelte er noch, als er es verließ, war er aschfahl und sichtlich erschüttert. Zurück in der Botschaft, telefonierte er mit dem Kreml und gab einen Brief Kennedys durch. Der amerikanische Präsident verwies darin auf sein Gipfeltreffen mit Chruschtschow in Wien im Juni 1961 und stellte klar, dass er es nicht für möglich gehalten habe, dass irgendein vernünftiger Mensch die Welt in einen Atomkrieg hetzen würde. In jedem Fall aber sei er entschlossen, die Raketen, »diese Bedrohung der westlichen Welt«, zu beseitigen.

Zu diesem Zeitpunkt bewegten sich fünfzig amerikanische Kriegsschiffe in Richtung Süden, um den Blockadering um Kuba zu schließen. Kennedy gab gleichzeitig Befehl, mit den Vorbereitungen zur Operation »Scabbards« zu beginnen: eine achttägige Übung, an deren Ende am 30. Oktober 90 000 Marine- und Luftwaffensoldaten Kuba besetzen würden. Für das gesamte Militär galt ab sofort die Alarmstufe DEFCON-3 (Defense Condition 3). DEFCON-1 bedeutete Krieg. Mehr als 200 Interkontinentalraketen im amerikanischen Westen wurden für den Start vorbereitet, ein Dutzend Polaris-U-Boote mit 144 Atomraketen an die Küsten der Sowjetunion beordert, 60 B-52-Bomber mit 196 Wasserstoffbomben an Bord waren von

nun an ständig in der Luft; die Piloten hatten versiegelte Umschläge mit den Einsatzbefehlen erhalten. 628 weitere Bomber mit insgesamt 2026 Atombomben an Bord wurden rund um die Welt in Alarmbereitschaft versetzt. Am nächsten Morgen meinte Außenminister Dean Rusk zu seinem Staatssekretär George Ball, der im Büro geschlafen hatte: »Wir haben einen erheblichen Sieg errungen. Wir sind beide noch am Leben.« Und der britische Premierminister Harold Macmillan schrieb in sein Tagebuch: »Dies ist der erste Tag der Weltkrise!« Genauso war es. Die Welt stand am Rande des Atomkrieges. Wie war es dazu gekommen?

Zwischen Kuba, jener Insel, die nur 90 Meilen vor Florida liegt, und den USA hatte es immer besondere Beziehungen gegeben. Seit der »Befreiung« im amerikanisch-spanischen Krieg 1898 war Kuba in völlige Abhängigkeit von den USA geraten. Seit 1902 hatten die USA dreimal in Kuba interveniert, um ihre Investitionen zu schützen. Am Ende des Zweiten Weltkriegs kontrollierten sie 80 % der kubanischen Wirtschaft, 40 % der Zuckerindustrie, 90 % der Förderung von Rohstoffen. Das kubanische Leben wurde von Washington aus kontrolliert, da das einzige Exportgut Zucker war. Die jeweilige Menge, die importiert werden konnte, wurde in Washington festgelegt. Botschafter Earl Smith meinte später einmal, der Einfluss sei so groß gewesen, dass der amerikanische Botschafter der zweitwichtigste Mann war, manchmal sogar wichtiger als der Präsident.

Präsident war Fulgencio Batista. Seine einzige Stütze war die Armee, die von den USA ausgerüstet wurde. Als Mitte der Fünfziger erkennbar wurde, dass Batista mehr und mehr zu einem sich selbst bereichernden und korrupten Diktator wurde, ließen die USA ihn fallen. Wenig später war alles zu Ende. Nach einem Generalstreik flüchtete Batista Neujahr 1959; eine Woche später, am 8. Januar, zogen die Rebellen um Fidel Castro und Ernesto »Che« Guevara in die Hauptstadt Havanna ein und wurden dort von einer großen Menschenmenge bejubelt. Ein langer Kampf war siegreich beendet worden.

Castro bildete eine Revolutionsregierung, in der auch liberale Minister waren. Anfangs genoss der »Maximo Lider« sogar in der amerikanischen Öffentlichkeit ein gewisses Ansehen; für viele war er eine romantische Figur. Man erwartete von ihm, dass er die bürgerlichen Rechte wieder einführen, dabei allerdings amerikanische Besitzrechte nicht antasten würde. Die ersten Zweifel kamen in Washington auf, als Castro eine Agrar- und Sozialreform einführte und amerikanische Gesellschaften besteuerte. Der Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA Allan W. Dulles meinte zu Präsident Eisenhower, »Kommunisten und andere extreme Radikale haben offensichtlich die Castro-Regierung unterwandert.« Die ersten entschädigungslosen Enteignungen amerikanischen Grundbesitzes im Sommer 1959 schienen diese Einschätzung zu bestätigen. In gleichem Maße, wie das Misstrauen in Washington stieg, zeigte Moskau mehr und mehr Interesse an Kuba. Wirtschaftsminister Che Guevara und Verteidigungsminister Raoul Castro – ein Bruder Fidels – waren Kommunisten; hier konnten sich interessante Möglichkeiten ergeben, um Kuba als Ausgangspunkt für mögliche marxistische Befreiungsbewegungen in Lateinamerika zu benutzen. So schaukelten sich die Dinge langsam, aber sicher hoch. Am 4. Februar 1960 unterzeichnete Chruschtschows Stellvertreter Anastas Mikojan auf Kuba ein sowjetisch-kubanisches Handelsabkommen. Chruschtschow erklärte die Monroe-Doktrin – »Amerika den Amerikanern« – für tot.

Im Mai 1960 nahm Kuba offiziell diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf. Die USA reagierten mit einem Handelsembargo, stoppten den Import von kubanischem Zucker und die Lieferung von Öl. Die Sowjetunion sprang ein, verpflichtete sich zum Kauf von 700 000 Tonnen Zucker jährlich bis hin zur gesamten Zuckerernte Kubas; sowjetische Tanker brachten Öl nach Kuba. Als die Firmen Shell, Esso und Texaco sich weigerten, dieses Öl zu raffinieren, verstaatlichte Castro die Raffinerien. Bis Oktober 1960 wurde dann der gesamte amerikanische Besitz auf der Insel in Höhe von etwa 850

greifbar nahe.« In den folgenden Wochen lieferten die USA Militärgerät in Höhe von einer Milliarde Dollar an die südvietnamesische Armee; Thieu hatte damit die viertgrößte Luftwaffe der Welt; gleichzeitig sicherte Nixon Thieu zu, im Falle einer Verletzung des Abkommens durch Nordvietnam massiv zurückzuschlagen.

Nach dem überwältigenden Wahlsieg Nixons über seinen Herausforderer George McGovern am 7. November 1972 bat Kissinger Le Duc Tho, zumindest einen symbolischen Rückzug nordvietnamesischer Truppen aus Südvietnam zu akzeptieren und die entmilitarisierte Zone als tatsächliche Grenze zwischen zwei souveränen vietnamesischen Staaten zu akzeptieren. Le Duc Tho lehnte ab und forderte seinerseits den Rücktritt Thieus als Teil einer abschließenden Regelung. Nixon und Kissinger brachen die Gespräche ab. Am 14. Dezember warnten sie die nordvietnamesische Regierung vor »schwer wiegenden Konsequenzen«, falls sie nicht innerhalb von 72 Stunden an den Verhandlungstisch zurückkehren würden, um ernsthaft zu verhandeln. Am 18. Dezember, nachdem das Ultimatum ergebnislos ausgefallen war, ordnete Nixon die Operation »Linebacker 2« an: massive Luftangriffe auf Nordvietnam, insbesondere Hanoi und Haiphong. Zum Vorsitzenden der Stabschefs meinte er: »Dies ist Ihre Chance, den Krieg mit militärischen Mitteln zu beenden. Und falls nicht, sind Sie verantwortlich.« In dem nun folgenden »Weihnachtsbombardement« bis zum 29. Dezember wurden mehr Bomben abgeworfen als in den drei Jahren zuvor. Am 8. Januar 1973 wurden die Verhandlungen in Paris wieder aufgenommen. Nach sechs Tagen hatten sich Kissinger und Le Duc Tho geeinigt; die Änderungen waren rein kosmetischer Natur. Das Abkommen, das am 27. Januar 1973, sieben Tage nach der zweiten Amtseinführung Nixons, unterzeichnet wurde, beendete den Vietnamkrieg nicht. Zwei Jahre später, am 30. April 1975, fiel Saigon, das Land wurde unter kommunistischer Herrschaft zwangswiedervereint. Dennoch erwies sich die Dominotheorie als falsch. Außer Kambodscha und Laos fielen keine weiteren »Domi-

nos« in Indochina. Als Saigon fiel, liefen in den USA die Vorbereitungen zur 200-Jahr-Feier des Landes. Vietnam fiel einem kollektiven Vergessen anheim. Die Debatte »Wer hat Vietnam verloren?« gab es nicht. Nixon hatte seine Unterstützungszusage an Saigon nicht mehr realisieren können. Der Kongress wollte mit Vietnam nichts mehr zu tun haben, und Nixon war durch den Watergate-Skandal geschwächt; im August 1974 trat er zurück.

58 000 amerikanische Soldaten ließen ihr Leben in Vietnam; eine Million südvietnamesische Soldaten waren gefallen, etwa zwei Millionen tote Zivilisten zu beklagen. Zwei Millionen Menschen wurden verstümmelt, zusätzlich zwei Millionen giftigen Chemikalien ausgesetzt. Zahlen über Nordvietnam sind nicht belegt.

Die Reaktion in Washington war im November 1973 der War Powers Act. Damit wurde jedem Präsidenten militärische Intervention im Ausland erschwert. Der Kongress muss demnach innerhalb von 48 Stunden informiert, Truppen nach 60 Tagen zurückgezogen werden, falls der Kongress nicht zustimmt. 1975 waren nur noch 34 Prozent der Amerikaner für eine militärische Intervention, falls die Sowjets West-Berlin überrennen würden.

Im Lande selbst gab es ungeheure Probleme der Veteranen: Drogen, Alkohol etc. Es gab keine Siegesparade. Mit privaten Spenden wurde 1982 das eindrucksvolle Vietnam Memorial in Washington, D.C., errichtet – mit zwei Millionen Besuchern pro Jahr. Erst Mitte der achtziger Jahre wurde versucht, das Vietnam-Trauma im Film zu verarbeiten. Zweifel blieben, auch wenn US-Präsident Ronald Reagan den Krieg später öffentlich als »in truth a noble war« bezeichnete. Ein »edler« Krieg war es zu keinem Zeitpunkt gewesen.

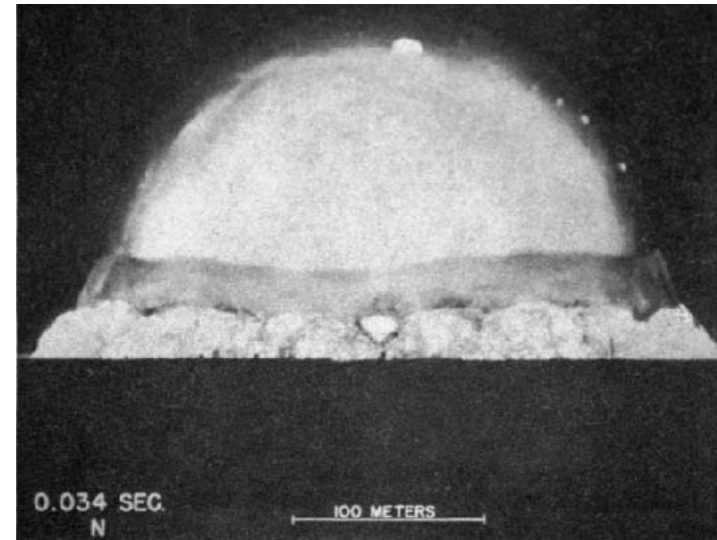
Atombomben

Am 16. Juli 1945, 5:29:45 Uhr westamerikanischer Zeit, wurde in der Nähe von Alamogordo in der Wüste des US-Bundesstaates New

Mexico – etwa 400 km südlich von Los Alamos – die erste Atombombe erfolgreich gezündet. Der Versuch übertraf alle Erwartungen von Wissenschaftlern und Militärs. Die Bombe entwickelte eine Energie von 20 000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes. Der Boden im Versuchsgebiet – »Ground Zero« – senkte sich um zwei Meter und wurde zu Glas. Der Atomblitz wurde noch im Umkreis von rund 300 Kilometern bemerkt, die Explosion im ganzen Südwesten der Vereinigten Staaten gehört. Truman erhielt die Nachricht in Potsdam: »Baby is born.« Das Atomzeitalter hatte begonnen.

Als Truman Stalin am 24. Juli von der neuen Bombe unterrichtete – ohne das Wort Atombombe zu benutzen –, blieb dieser scheinbar vollkommen ungerührt, so als wisse er nicht, was diese Nachricht wirklich bedeute. Er meinte nur, er hoffe, die Amerikaner würden die neue Waffe gegen Japan einsetzen. Wir wissen heute, dass Stalin über die amerikanische Atomforschung besser als Truman informiert war; seine Spione hatten gute Arbeit geleistet. Gegenüber Geheimdienstchef Berija meinte er: »Truman will Druck auf uns ausüben, uns beherrschen. Seine Haltung ist besonders aggressiv gegenüber der Sowjetunion. Natürlich ist die Atombombe von Vorteil für Truman. Aber eine Politik der Erpressung und der Einschüchterung ist für uns inakzeptabel.«

Am 6. August wurde Hiroshima durch eine Atombombe zerstört, am 9. August Nagasaki. Zwei Wochen nach Hiroshima untersuchten sowjetische Experten die zerstörte Stadt und schickten detaillierte Berichte nach Moskau. »Hiroshima hat die ganze Welt erschüttert«, meinte Stalin wenige Tage später zu führenden Atom-Physikern des Landes und fügte hinzu: »Die Balance zwischen den Mächten ist zerstört. Baut die Bombe – damit wird eine große Gefahr von unserem Land genommen.« Außenminister Molotow meinte später, die Bomben »waren nicht gegen Japan gerichtet, sondern gegen die Sowjetunion«. Stalin befürchtete, dass die USA angesichts ihres Atommonopols die Sowjetunion zwingen würden, in Europa und der Welt



16. Juli 1945, 5:29:45 Uhr: Erfolgreicher »Trinity Test« in der Nähe von Alamogordo im US-Bundesstaat New Mexico, 0,034 Sekunden nach der Zündung. Ein neues Zeitalter hat begonnen. Churchill in Potsdam: »Was war das Schießpulver? Trivial! Was war die Elektrizität? Eine Kleinigkeit! Diese Atombombe ist das schreckliche Weltgericht!«

nachzugeben. Das aber, so Stalin, werde nicht geschehen. Die sowjetische Atomforschung wurde mit allen Mitteln vorangetrieben. Stalin brauchte die Bombe, um das Gleichgewicht der Kräfte wiederherzustellen: Der atomare Wettlauf der beiden Supermächte hatte begonnen.

Die atomare Diplomatie der Amerikaner funktionierte nicht; die Sowjets ließen sich nicht einschüchtern. Und man konnte nicht ständig Atombomben werfen. Impotenz der Omnipotenz wurde das später genannt. Hinzu kam, dass Stalin über das Atomarsenal der USA genauestens informiert war. Im März 1947, als Truman seine Doktrin verkündete, hatten die USA nur 14 Atombomben. Zu Beginn